

15. Februar 2024

EINSCHREIBEN

Herr Samuel Mumenthaler
Medienjurist
Bundesamt für Kommunikation BAKOM
Zukunftsstrasse 44
2501 Biel/Bienne

BEANSTANDUNG:

Ihr Schreiben vom 16. Januar 2024 als Antwort auf mein Schreiben an Herrn Bundesrat Albert Rösti vom 20. Dezember 2023 betreffend manipulative Handhabung der Kommentarspalten unter www.srf.ch sowie die einseitige politische Berichterstattung der SRG

Sehr geehrter Herr Mumenthaler

Vielen Dank für Ihre Antwort vom 16. Januar 2024 auf mein Schreiben vom 20. Dezember 2023 an Herrn Bundesrat Albert Rösti. Diese Schreiben gingen aus meiner vorangegangenen **Beanstandung vom 9. November 2023 an Herrn Bundesrat Rösti** hervor (Kopie davon ging an Herrn Bernard Maissen, Direktor BAKOM), in der ich umfassend auf die **9-fache Zensur bzw. Manipulation der Kommentarfunktion unter www.srf.ch sowie die einseitige politische Berichterstattung der SRG** eingehe.

Sie schreiben:

«Ob und wo die SRG in ihren Onlineangeboten die Kommentarspalten öffnet, ist ein redaktioneller Entscheid, gegen den keine Rechtsmittel bestehen.»

Grundsätzlich könnte ich den redaktionellen Entscheid, bei welchen Artikeln die Kommentarspalten geöffnet werden, akzeptieren, wenn diesem Entscheid eine ausgewogene, sachliche Berichterstattung vorzuziehen würde. Das ist meiner Meinung nach jedoch nicht der Fall: diese ist in grossen Teilen tendenziös, polemisch und zeugt von einem schludrigen Journalismus. Die Auswahl der zu kommentierenden Artikel lässt oft den Verdacht aufkommen, dass hier sehr selektiv zugunsten der einseitigen SRG-Doktrin vorgegangen wird, um vom Mainstream anerkannte Feindbilder den Kommentatoren als Sündenböcke zum Abschuss freizugeben. Auf welcher Seite der Diskussion SRF steht, ist immer bereits am Anfang klar, nämlich auf Seiten der «Guten». So erschöpft sich die sogenannte «Diskussion» dann meistens in einem Schlagabtausch zwischen den «Guten» und den «Bösen». Von Lösungsorientiertheit keine Spur. In meinen Schreiben habe ich Ihnen dazu bereits zahlreiche Beispiele gegeben. **Hier weitere Beispiele:**

27. Januar 2024: «Sahra Wagenknecht und die Beschwörung der Katastrophe»

Die Verachtung des Autors Stefan Reinhart für Sahra Wagenknecht und deren Politik trieft aus jedem seiner Sätze. Eine einseitigere, unsachlichere, überheblichere, populistischere Ausdrucksweise ist kaum möglich. Mit dieser Art von Journalismus verstösst die SRG gegen ihren Auftrag einer fundierten, sachlichen, auf Konsens ausgerichteten Berichterstattung.

3. Februar 2024: «Wilde Verschwörungstheorien - Taylor Swifts politische Meinung sorgt für Aufruhr»

Auch dieser Artikel ist absolut tendenziös und nur darauf ausgerichtet, Donald Trumps Präsidentschaftskandidatur zu diskreditieren – wie die Verhinderung seiner Wahl die entscheidenden Probleme lösen würde! (Hier möchte ich eines klarstellen: für mich ist die Wahl zwischen Trump und Biden eine Wahl zwischen Pest und Cholera, DIE entscheidende Frage für mich ist, warum ein so bevölkerungsreiches Land bei einer solch desolaten Auswahl angekommen ist.) Dass SRF ein solch polemisches Thema überhaupt aufnimmt und dieses dann noch zur «Diskussion» stellt, das heisst den SRF-Treuen in der Kommentarspalte zum Frass vorwirft, ist billigster Boulevardjournalismus. Die mainstreamtreuen Kommentatoren wie zum Beispiel **Ueli von Känel, Werner Gerber, Albert Planta, Lothar Drack, Susanne Saam, Karl Kirchhoff** gehen dann auch auf die wenigen Andersdenkenden los, die nach der dreijährigen SRF-Kommentar- und Kommentatoren-Löschungssorgie missliebiger Kommentare und Kommentatoren noch übriggeblieben sind, und der SRF-Kommentarspalten-Betreuer befeuert mit seinen eigenen überheblichen, hämischen Kommentaren dieses Mobbing gegen Andersdenkende, diese unterirdische «Diskussion» noch. Dass sich hier **Yvonne Sidler** – eine der übriggebliebenen Andersdenkenden – durch diese Provokationen hat herausfordern lassen, ist bedauerlich, jedoch Lebenselixier von Mobbern, die sich dadurch stark, intelligent und erhaben fühlen können. Nach den Kommentaren zu urteilen, werden in nächster Zeit die Abweichler Koopmann, Andreas Andenmatten gesperrt und dann wohl auch Yvonne Sidler. Dann können sich die übriggebliebenen Kommentatoren bald in der SRF-Kommentarspalten-Wohlfühloase sonnen, ohne durch lästige Schmeissfliegen gestört zu werden!

Und für einen solchen spaltenden, Unfrieden säenden «Journalismus» müssen Gebühren bezahlt werden!

«Gegen Löschungen und allfällige Sperrungen können die Nutzenden seit dem besagten Bundesgerichts-urteil bei der Ombudsstelle eine Beanstandung deponieren. Anschliessend steht die Beschwerde an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen offen.»

Ich habe Ihnen bereits geschrieben, was ich von der Unabhängigkeit der Ombudsstelle und der UBI halte. **Diese haben lediglich Alibifunktion, stellen den Persilschein aus für die SRF-Berichterstattung und machen damit die SRG für kritische SRF-Konsumenten unangreifbar.** Das habe ich zur Genüge erfahren durch meine Korrespondenz/Beanstandungen an die Ombudsstelle, die UBI, an das BAKOM.

Das Verfahren ist zeitlich so aufwändig, dass es für die meisten Kritiker von vornherein nicht durchführbar ist. Währenddessen haben Ombudsstelle und UBI unbegrenzte zeitliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung, die Mehrzahl der ihrer Ideologie nicht genehmen Beanstandungen mit wortreichen Ausführungen abzuweisen. Und sollte dann die UBI einmal zugunsten eines Beschwerdeeingers entscheiden, wird diese Beschwerde von der SRG ans Bundesgericht weitergezogen. Und auch wenn das Bundesgericht dann vielleicht zugunsten des Beschwerdeeingers entscheidet, findet dieses Urteil kaum Widerhall in der Öffentlichkeit.

Die SRG hat sich längst zu einer ideologischen Meinungsfestung entwickelt, an der jegliche unerwünschte Kritik abprallt. Die Ombudsstelle, die UBI, das BAKOM bilden mit ihrer ausufernden Verwaltung eher einen Schutzwall für diese Meinungsfestung als dass sie zwecks ihrer Funktion für die Sicherstellung einer ausgewogenen Berichterstattung besorgt wären.

«Offen ist die Rechtsfrage, ob auch Beanstandungen gegen Kommentare Dritter deponiert werden können. Dazu hat sich das Bundesgericht nicht geäussert.»

Das heisst also mit anderen Worten, dass man ans Bundesgericht gelangen muss, um abzuklären, ob die Ombudsstelle und die UBI auch für Beanstandungen gegen Kommentare Dritter zuständig sind?

Auch hier wieder die Diskrepanz von zeitlichen und finanziellen Ressourcen zwischen der SRG und dem kritischen Zwangsgebührenzahler. Während die SRG sich dank den Radio- und Fernsehgebühren gute Anwälte leisten kann, ist eine Eingabe ans Bundesgericht für die meisten Beschwerdeeinger finanziell schlicht nicht möglich, wollen sie nicht ihre finanzielle Lage destabilisieren.

«Das BAKOM hat 2022 einen Bericht zu seiner systemischen Prüfung der Netiquette von SRF veröffentlicht. ... Wir haben derzeit keinen Anlass, darauf zurückzukommen.»

Der Umstand, dass der Bericht «Ergebnisse der Systemprüfung Netiquette SRF» vom 7. Juni 2022 vor dem Bekanntwerden des Bundesgerichtsurteils vom 29. November 2022 verfasst wurde sowie die in meinen Schreiben vom 9. November 2023 und 20. Dezember 2023 an Herrn Bundesrat Albert Rösti zur Genüge

belegte Tatsache, dass die Kommentarspalten seit 2021 von der SRG in 9-facher Weise kastriert wurden, bietet meiner Ansicht nach mehr als genug Anlass, die Kommentarfunktion sowie die einseitige Beeinflussung durch SRF mittels dieser 9-fachen Manipulation und Zensur zu hinterfragen. **Was nützt eine Netiquette, der nur diejenigen zum Opfer fallen, die dem Haltungsjournalismus von SRF kritisch gegenüberstehen?** Warum können zum Beispiel **Ueli von Känel, Werner Gerber, Albert Planta, Lothar Drack** seit drei Jahren ihre ehrverletzenden Kommentare abgeben, ohne dass sie gesperrt werden?

«Wir haben der SRG einige Empfehlungen mit Bezug auf die Handhabung der Netiquette gegeben, die nach unserem Wissensstand umgesetzt wurden.»

Wie in meinen beiden Briefen vom 9. November 2023 und 20. Dezember 2023 an Herrn Bundesrat Albert Rösti eingehend erläutert, wurden diese Empfehlungen mit Bezug auf die Handhabung der Netiquette mitnichten umgesetzt. **Die Netiquette ist ein reiner Papiertiger, die von den SRF-Mitarbeitenden willkürlich angewendet wird.**

«Sollten in Zukunft Kommentare von Ihnen ohne entsprechende Mitteilung gelöscht/nicht aufgeschaltet werden, bitten wir Sie, uns das anzuzeigen.»

Wie ich Ihnen bereits dargelegt habe, wurde ich anfangs September 2021 von SRF – ohne irgendwelche Ankündigung – als Kommentatorin gesperrt, nachdem bereits vorher die meisten meiner Kommentare trotz Einhalten der Netiquette nicht erschienen waren. **Diese Sperrung wurde** – entgegen der Information: «Wie die SRG weiter mitteilt, erfolgen Sperrungen immer zeitlich limitiert» in «Ergebnisse der Systemprüfung Netiquette SRF» vom 7. Juni 2022 (Seite 5) – **bis zum heutigen Tag nicht aufgehoben**, das heisst, ich kann seit anfangs September 2021 unter www.srf.ch keine Kommentare mehr verfassen.

«Die Ombudsstellen der SRG sind organisatorisch und inhaltlich unabhängig, und die UBI steht in keinerlei direkter Beziehung zur SRG.»

Tatsache ist, dass die Mitarbeitenden der Ombudsstelle, der UBI wie auch der SRG alle der gleichen theorie- und ideologiezentrierten Sozialisation entstammen und damit ABHÄNGIG von dieser Sozialisation entscheiden. Wo gibt es in der Führungsebene dieser Organisationen noch Mitarbeitende/Experten(!), die mehr als eine theoretische Vorstellung vom realen täglichen Leben eines bürgerlichen Durchschnittsbürgers haben und die allem Bürgerlichen nicht ablehnend und abwertend gegenüberstehen? **Diese woken Autoritäten haben schon seit geraumer Zeit die Deutungshoheit an allen Schnittstellen der Macht übernommen und entscheiden darüber, was Fake News, was Verschwörungstheorien sind, welche Informationen wichtig sind, welche unterschlagen werden. Sie entscheiden darüber, was eine Demokratie ist, was Toleranz, was Solidarität, was gut, was böse usw.**



«Ihre allgemeine Kritik zur SRG nehmen wir zur Kenntnis.»

Hier füge ich noch einige Anmerkungen zu vier meiner abgewiesenen Beschwerden an die Ombudsstelle an:

- **BESCHWERDE 8246, Online-Artikel von «Radio SRF 1» vom 14. Dezember 2021 – «Geimpft oder Gelesen: Was sagen Sie zu 2G?»**

Die Ombudsstelle verteidigt eine Wissenschaftsredaktorin, die bei essentiellen Fragen rund um Covid-19 mit der Behauptung «Nach allem, was man weiss» um sich wirft, anstatt fundierte Quellenangaben zu nennen.

- **BESCHWERDE Nr. 8858, «Tagesschau/SRF News» vom 6. August 2022 – «Radikale Gruppen in Deutschland»**

Anstatt kritische, ausgewogene Berichterstattung zu betreiben, wird in diesem Bericht einseitig die Meinung des Deutschen Verfassungsschutzes übernommen und so die Zuschauer in eine Richtung manipuliert. In der Folge übernimmt die Ombudsstelle zu 100% die Meinung der verantwortlichen Redaktoren und unterstellt mir ein Demokratie-Verständnis, das Rätsel aufgibt, weil ich keine Demokratiefindlichkeit darin sehe, wenn Hendrik Sodenkamp von «Verbrecher in der Regierung» spricht. Gemäss der Ombudsstelle darf man von Regierungsvertreterinnen und -vertretern, die demokratisch gewählt worden sind, nicht von Verbrechern sprechen.

Schon irgendwie komisch, wenn dann die gleiche Ombudsstelle in **Beschwerde Nr. 6356 «Echo der Zeit»-Beitrag «Bodo Ramelow ist erneut Ministerpräsident von Thüringen»** (Beschwerde nicht von mir) schreibt: «Es ist richtig, dass die AfD demokratisch gewählt und nicht verboten ist. ... Die AfD ist sowohl im Bundestag als auch in den Länderparlamenten demokratisch gewählt, aber durch die Wahl wird sie nicht geläutert. **Das heißt: Sie versucht jetzt einfach mit parlamentarischen Mitteln, die repräsentative Demokratie, den Rechtsstaat und die politische Kultur in Deutschland schlechzumachen, ja zu «versauen».** Es ist die Aufgabe der Medien, auch von Radio SRF, in dieser Hinsicht immer wieder Klarheit zu reden.» Mit Verlaub: Könnte man dann nicht – vorausgesetzt, die Meinungsfreiheit in unserem Lande existiere noch – in guten Treuen genau dasselbe von den Handlungen und Denkmuster der Ampelregierung behaupten?

(Siehe dazu auch mein Schreiben vom 24. Oktober 2022 an die Ombudsstelle und an das BAKOM)

- **Dossier Nr. 9110, «SRF News» vom 2. und 4. Januar 2023 – «Krawalle in Deutschland»**

Betreffend die der SRG vorgeworfene Falschinformation wird diese zurückgewiesen und die Kritik geäussert, die Quellen der Beanstanderin wären nicht besser als diejenigen der SRG. Mit Verlaub: Von einer SRG, die über Einnahmen von ca. 1,57 Mia. CHF pro Jahr verfügt, sollten in jedem Fall zuverlässige Quellenangaben erwartet werden dürfen! Mir steht lediglich meine Freizeit für das Quellenstudium zur Verfügung!

Die Ombudsstelle bezeichnet mich in dieser Beschwerdeantwort als Vielbeanstanderin, was mir zeigt, dass ich das Fass der von ihr tolerierten Kritik zum Überlaufen gebracht habe und mich auch zur Erkenntnis bringt, dass die Ombudsstelle in ihrer einseitigen Betrachtungsweise nicht fähig ist, auf berechnete Kritik sachlich und faktenbasiert zu antworten, sondern mit der Bezeichnung «Vielbeanstanderin» unliebsame Kritiker meint, in die Schranken weisen und herabsetzen zu müssen.

- **Dossier Nr 9124, «Rundschau/SRF News» vom 18. Januar 2023 – «Im Einsatz gegen Russland»**

In diesem Beitrag verherrlicht die SRG die Gewalt, die von den «Guten» ausgeübt wird, indem sie in ihrem Bericht den Scharfschützen Avi Motola implizit als Helden darstellt. Die SRG toleriert und begrüsst Gewalt, indem sie implizit das Töten von «bösen» Menschen gutheisst, ja sogar begrüsst, wenn es dazu dient, «keine kleinen Kinder mehr in Plastiksäcke verpacken zu müssen». (Welche billige Schlagzeile, welcher billige Boulevardjournalismus!) Und die von der SRG herangezöchtete Kommentatoren-Community (davon ausgenommen ein paar übriggebliebene, von der SRG tolerierte Alibi-Kommentatoren des Nicht-Mainstreams) fällt auf dieses Spiel herein und lässt sich für diese Steinzeitmethode begeistern, dass Töten für das angeblich Gute legitim sei. **Die SRG arbeitet mit diesem Artikel den Abschaffern der Schweizerischen Neutralität willentlich in die Hände, missachtet die Bundesverfassung und gefährdet so die Existenz der Schweiz. Gegenüber der Willensnation Schweiz bzw. deren Überreste kämpft die SRG die zweite Form des Krieges wie im Zivilverteidigungsbuch von 1969 beschrieben: «Der Krieg ist getarnt. Er spielt sich in den äusseren Formen des Friedenszustandes ab und kleidet sich in die Gestalt einer inneren Umwälzung. Die Anfänge sind klein und scheinbar harmlos – das Ende ist so bitter wie**

der Krieg selbst.» Mit ihrer einseitigen Berichterstattung zugunsten der Ukraine, die auch die Legitimierung von Gewalt beinhaltet, heizt die SRG das gesellschaftliche Klima in der Schweiz und den Krieg in der Ukraine weiter an. Vermittelnde, friedensfördernde Berichterstattungen, die sachlich und neutral auf eine Beilegung des Konflikts hinarbeiten, fehlen bei der SRG. Die Vielfalt der Ansichten zum Ukrainekrieg – gerade betreffend eine differenzierte Sicht auf den Konflikt und eine vermittelnde Friedensarbeit – wird in diesem Beitrag wie auch generell von der SRG in keiner Weise zum Ausdruck gebracht.

Aus der kurzen «Nichtantwort» der Ombudsstelle auf meine Beschwerde sowie aus der erneuten Bezeichnung als Vielbeanstanderin entnehme ich, dass ich die Nerven der Ombudsstellenmitarbeiter endgültig überspannt habe. Die Ombudsstelle und die UBI haben sich damit für mich endgültig als Alibi-Organisationen entpuppt.

Anmerkung: Dass sich dieser Avi Motola, der von der SRG so heldenmässig dargestellt wurde, kurze Zeit später als Straftäter mit einem langen Vorstrafenregister entpuppte (Diebstahl, Sachbeschädigung, Urkundenfälschung, Raubversuch, Körperverletzung, Drohung, Drogendelikte usw.) wirft ein fragwürdiges Licht auf die Beweggründe der SRG für diese Sendung. Offensichtlich war der SRG das reisserische Thema wichtiger als seriöse Nachforschungen über die Vergangenheit des Porträtierten.

«Der Bundesrat wird sich in seiner für diesen Sommer vorgesehenen Botschaft zur Volksinitiative «200 Franken sind genug» (SRG-Initiative) mit der Rolle und der Bedeutung der SRG für die Schweiz befassen.»

So wie sich die SRG heutzutage präsentiert, ist sie die endgültige Abrissbirne an der zwischenzeitlich schon arg lädierten Idee Schweiz. In der Zwischenzeit gilt jeder, der Nationalstaaten gegenüber supranationalen Gebilden bevorzugt, als verdächtig, ein Rassist, Nationalist, Rechtsextremer, Nazi zu sein (siehe Beilage).

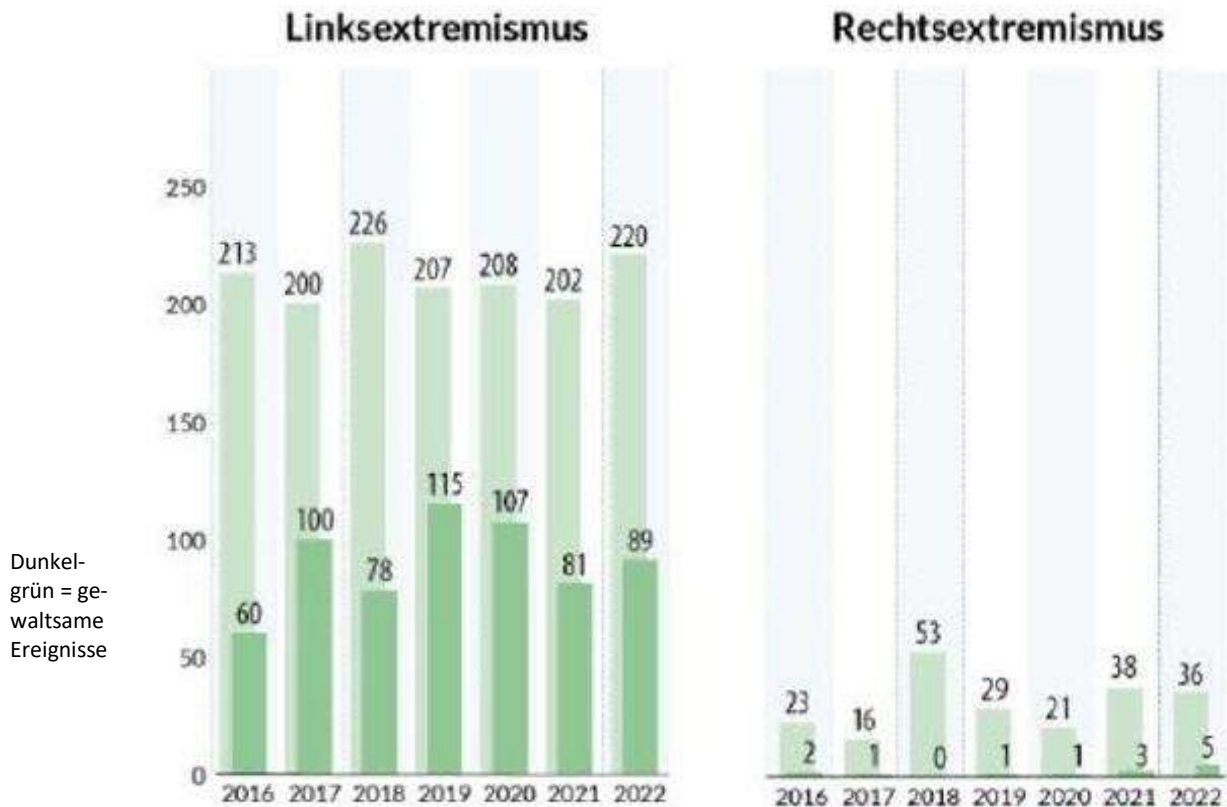
Dass das so geworden ist, ist nicht allein der SRG anzulasten, sondern einer zunehmend dekadenten Gesellschaft wie sie so schön in «Satiren» von Juvenal beschrieben wird. Leider schüttelt die SRG noch Öl ins Feuer dieser Dekadenz. Seit Jahren überzieht sie die einzige verbliebene namhafte bürgerliche Partei, die dieser Wohlstands-Dekadenz noch entgegentritt, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Verachtung und Häme, lässt sie in Diskussionen nicht ausreden und präsentiert sie als Trottel (zum Beispiel im Interview vom 24. Januar 2024 unter: [«Designierter SVP-Präsident - Warnende Stimmen aus der eigenen Partei»](#)).

In, die Schweizer Bevölkerung indoktrinierender, manipulativer Weise beteiligt sich SRF am Kampf gegen rechts der Ampelregierung in Deutschland, indem SRF die dortigen, für die Ampelregierung unvoreilhaftesten Bauernproteste kaum beachtet, und wenn doch, mit Gewalttätigkeit assoziiert, dann aber sofort auf den Kampf-gegen-rechts-Zug aufspringt, nachdem die Correctiv-«Recherche» der Ampelregierung eine willkommene Gelegenheit bietet, die unkritische Masse für den Kampf gegen rechts auf die Strasse zu bringen, um von der Unfähigkeit der Ampelregierung abzulenken (siehe Beilage). **In unzähligen Internet-, Radio- und Fernsehbeiträgen von SRF wird nun dieser Kampf gegen rechts der Schweizer Bevölkerung schmackhaft gemacht und diese gegen rechts aufgestachelt**, anstatt dass SRF sachlich und fundiert die Hintergründe ausleuchtet und auch die fragwürdige Rolle von Correctiv und des deutschen Verfassungsschutzes einer kritischen Untersuchung unterzieht. **Hier einige Beispiele dieses Kampfs gegen rechts von SRF** (Quelle: www.srf.ch):

- 12. Januar 2024: Deutschland: Geheimgespräch von AfD, Rechtsextremen und Unternehmern
- 18. Januar 2024: Aufruhr in Deutschland - Deutsche Parteien warnen im Bundestag vor der AfD
- 19. Januar 2024: Ideologische Umdeutung - Wie der rechte Rand den Begriff «Remigration» kaperte
- 19. Januar 2024: Grossdemonstrationen - Wachsende Sorgen vor der AfD in Deutschland
- 20. Januar 2024: Proteste gegen Rechts und Hass - Deutschland: Mehr als 300'000 gehen gegen die AfD auf die Strasse
- 21. Januar 2024: Proteste gegen AfD - Grosser Andrang – Demo in München wird abgebrochen
- 23. Januar 2024: Demos gegen die AfD - Eine halbe Million Menschen auf der Strasse – doch was nützt das?
- 25. Januar 2024: Treffen Rechtsextremer - Proteste gegen Rechts – Deutschland geht auf die Strasse
- 27. Januar 2024: Deutschland auf der Strasse - Zehntausend Menschen demonstrieren erneut gegen die AfD
- 29. Januar 2024: Gegen Rechtsextremismus - Deutsche Massenproteste wecken Österreich auf – die Gründe
- 2. Februar 2024: Stimmen aus der Community - «Das Fass ist übergelaufen» – Community begrüsst Anti-AfD-Demos
- 6. Februar 2024: Deutschland - Gericht beurteilt AfD-Jugend als gesichert extremistisch
- 10. Februar 2024: Proteste gegen die AfD - Deutschland in Aufruhr

Kurz zusammengefasst: Die SRG ist zu einem Agitationsmedium staatszersetzender Kreise geworden!

Dass der **Linksextremismus** in der Schweiz ein weitaus grösseres Problem als der **Rechtsextremismus** darstellt, wird von der SRG wohlweislich verschwiegen:



Quelle: Nachrichtendienst des Bundes NDB / Sicherheit Schweiz 2023, Seite 48

Da ich nicht glaube, dass die SRG Richtung ausgewogene, lösungsorientierte Berichterstattung noch reformierbar ist, plädiere ich dafür, dass jeder in Zukunft selber entscheiden darf, welche Medien er unterstützen will. Ich jedenfalls möchte Medien unterstützen, die nachhaltig auf dem Boden der Realität konstruktiv eine lebenswerte Zukunft mitgestalten helfen, nicht Medien, die von geschützten Wolkenkuckucksheimen aus der Bevölkerung ihre realitätsfremden Utopien aufzwingen und Hass und Hetze gegen Andersdenkende säen!

Sehr geehrter Herr Mumenthaler, ich bitte Sie, dieses Schreiben Herrn Bundesrat Röstli vorzulegen.

Ich schliesse diesen Brief mit einem Zitat von Wilhelm Röpke aus «Jenseits von Angebot und Nachfrage»:

«Je mehr der verstädterte Industriemensch zum vorherrschenden Typus wird, um so grösser wird die Wahrscheinlichkeit, dass Verstädterung, Vermassung und die Schaufelbagger der fortschreitenden Technisierung des Lebens und der Landschaft von Intellektuellen, die diesem selben Milieu entsprossen sind, mit ironisch-arroganter Behandlung der Andersdenkenden, als Posten des Fortschritts und der Freiheit gebucht werden.»

Mit freundlichen Grüssen

Christine Gross

Beilage.